

Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel anlässlich des Leaders' Roundtable im Rahmen des World Humanitarian Summit am Montag, 23. Mai 2016, in Istanbul

Herr Generalsekretär Ban,  
Herr Präsident Erdoğan,

wir wollen natürlich alles tun, um humanitären Krisen und Katastrophen vorzubeugen. Das ist das gemeinsame Ziel. Nun geht es um die Frage: Wie können wir gemeinsam handeln?

Ich denke, dass wir lernen müssen, Frühwarnung, Prävention, Stabilisierung, Friedenskonsolidierung oder nachhaltige Entwicklung - alle diese Fragen - zusammen zu denken und auch die notwendigen Instrumente zusammen zu verstehen. Wir müssen natürlich die Lasten auch international fair teilen. Das ist heute von Präsident Erdoğan auch schon gesagt worden.

Die Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung ist Friede. Das heißt, Krisenprävention ist die entscheidende Aufgabe. Gleichzeitig müssen wir aber auch in der Lage sein, auf gewaltsame Konflikte zu reagieren. Denn es wäre blauäugig und illusionär, zu glauben, dass es gar nicht mehr zu Krisen kommt. Naturkatastrophen wird es weiter geben. Es wird immer Menschen in akuten Notsituationen geben.

Wir müssen lernen, die humanitären und die politischen Handlungsoptionen besser aufeinander abzustimmen. Ich nehme zum Beispiel das Thema der Stabilisierung einer Region. Es gibt Anstrengungen zur Konfliktlösung. Heute wurde darüber gesprochen, dass sich einige Länder, auch die Türkei, mit der Mediation beschäftigen. Dann muss das unterfüttert werden. Denn wenn der Konflikt gelöst ist, müssen die einzelnen Menschen natürlich einen Mehrwert haben, eine Friedensdividende, auch eine Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung. Das heißt, es geht um Perspektiven, um Beschäftigungsförderung, um Bildungsaufbau, Aufbau von Basisinfrastrukturen und von Katastrophenschutz.

Das bedeutet also, Friede auf der einen Seite und nachhaltige Entwicklung auf der anderen Seite bedingen einander. Keine nachhaltige Entwicklung ohne Frieden, aber auch kein Friede, wenn nicht eine nachhaltige Entwicklung folgt.

Was heißt das? - Das heißt, dass wir die Dinge gut aufeinander abstimmen müssen: Zugang zu humanitärer Hilfe, Mediation und politische Konfliktlösung.

Hier will ich ein Thema ganz offen ansprechen: Politische Konfliktlösung findet auf der politischen Ebene statt, indem politische Vertreter mit anderen Politikern aus den Ländern, in denen Konflikte herrschen, sprechen. Aber in unseren Gesprächen müssen wir auch stärker gute Regierungsführung einfordern. Es nützt nichts, wenn wir uns international um politische Gespräche bemühen, es aber anschließend eine

intransparente Regierungsführung gibt und bei den Menschen nichts von dem ankommt, was wir als Ziele festlegen. Das bedeutet, dass es auch in Zeiten der Digitalisierung, in Zeiten des Internets, in denen junge Menschen in den Ländern, die von Konflikten, von Hunger, von Klimawandel betroffen sind, alles wissen und jede Information kennen - auch über ihre eigenen Regierenden -, gelingen muss, die Zivilgesellschaft besser in diese Konfliktlösung mit einzubeziehen - allen voran Frauen, die sehr viel stärker die Ressourcen für ihre Familien, für die Kinder und für das Zusammenleben vor Ort einsetzen -, indem wir subsidiäre Strukturen haben, durch die etwas in den Kommunen ankommt und mit denen die gesamte Gesellschaft in den neuen Weg des Landes einbezogen wird.

Auch hier müssen wir von guten Beispielen lernen. Das bedeutet nicht, dass etwa immer die Industrieländer sagen, wie man das machen soll. Sondern viel interessanter und spannender sind die guten Beispiele aus der jeweiligen Region, aus denen andere lernen können, wie es besser geht. Wenn wir diesen Weg gehen, dann haben wir, denke ich, eine Chance, auch Krisenprävention und Krisenlösung besser hinzubekommen.